

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Abonnent erhält alle in allen Nummern enthaltenen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatlich, bei Post 2.50 M (Halbmonatlich 1.25 M) durch die Post bezogen monatlich 2.70 M (ohne
Bezugsstellengebühr) Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-V. / Reichstraße 1 / Expedition:
Eisenbahnpost 2 / Fernsprechnr. 1729 / Postfachnr. Dresden Nr. 1891, Dresden-Verlagsgesellschaft
Schulzeisenbahnpost 2 / Fernsprechnr. 2735/36, Amt Dresden Nr. 1729 / Drahtanschrift: Arbeiter-
Stimme Dresden / Abrechnung der Abnahme Mittwoch 16 18 Uhr, Sonnabend 13-14 Uhr

Anzeigenpreise: Die erstmalig gebaltene Kopfzeile oder deren Raum 0.35 M. für Familien-
anzeigen 0.20 M. in die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.50 M.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-V. / Eisenbahnpost-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Abnahme besteht kein Anspruch auf Verlegung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Dienstag den 5. Februar 1929 Nummer 30

Die Rebellion gegen das Wehrprogramm

Affinierte Manöver der „linken“ SPD-Führer

Dresdner SPD-Unterbezirk lehnt alle Heeresmittel ab! - Künstler, Berlin, gibt Fortsetzung der Geheimrüstungen unter SPD Regime zu

Dresden, den 5. Februar.

Der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Bezirksorganisationen der SPD gegen das offen imperialistische Wehrprogramm hat, gefördert durch die kommunistische prinzipielle Kritik, in zahlreichen Organisationen zur Annahme von Entschuldigungen geführt, die sich gegen das Wehrprogramm wenden. Dabei geht die Mitgliedschaft teilweise über die demagogischen, schreienden sehr radikalen Formulierungen der „linken“ Führergruppen hinaus, die sich deshalb heften, noch radikalere Töne anzuschlagen, um den Kontakt mit ihren Mitglieder nicht vor dem Reichsparteitag zu verlieren und ihre Verwirrungsmanöver auf dem Reichsparteitag geläuteter durchführen zu können. Der Unterbezirksparteitag Groß-Dresden der SPD hat entsprechend den Anweisungen des Leipziger Sachsenparteitages die Verwirrungsmanöver nach altbekannter Methode durchgeführt. Er nahm nach dem Bericht der Dresdner Volkszeitung einstimmig einen Antrag Kadebeut an, der folgenden Wortlaut hat:

Der Unterbezirksparteitag erwartet, daß sich die Delegierten von Groß-Dresden auf dem Parteitag in Magdeburg entschieden gegen die heutige Konfliktbewältigung im Reich gegen den Entwurf der Wehrkommission, insbesondere gegen die heutige Reichswehr und jedes militärische Vordringen einziehen.

Daß die Mitgliedschaft jedoch sich nicht begnügen wollte mit einer Ablehnung der „heutigen Reichswehr“ und des „weiteren Vordringens“ beweist der Antrag der Gruppen Dresden-Mitte 8, 8 und Wahren, in dem im Hinblick auf den blutigen Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und in der klaren Erkenntnis, daß jede militärische Macht in der privatkapitalistischen Weltanschauung lediglich ein Instrument kapitalistischer Willkür ist, die sozialdemokratischen Abgeordneten zur schärfsten Stellungnahme gegen jede Mittelbewilligung von Heer und Marine aufgefordert werden. Begründung für diesen Antrag ist, daß auch er ein im Sinne Annahme fand. Es haben also auch die Leute für diesen Antrag gestimmt, die verantwortlich für die Verteidigung des Wehrprogramms in der Dresdner Volkszeitung sind. Dieses Stimmenverhältnis ist also ein Symptom für die Struppellosigkeit, mit der die sozialdemokratischen Führer ihre Mitglieder bei der Stange zu halten gedenken, denn daß der Inhalt des letzten Antrages nichts, aber auch nicht das geringste mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei zu tun haben dürfte, ist jedem klar, der das Übe der Grundzüge des Marxismus in sich aufgenommen hat. Es gibt aber einen weiteren Beweis für die Wehrtracht der sozialdemokratischen Führung in bezug auf den Vertrag an ihren Mitgliedern. Das ist die offizielle Erklärung des Sozialdemokratischen Pressebüros, der sich bei der Stellungnahme zu den Verurteilungen der Berliner Reichspresse zum Wehrprogramm des zentralistischen „Klassenkampfes“ folgendermaßen äußert:

„Die Reichspresse ist auf diese Zeitschrift offenbar erst aufmerksam gemacht worden durch die scharfe Polemik, die das Zentralorgan der Partei, der Vorwärts, in der letzten Zeit gegen sie geführt hat. Dem Kenner ist es nichts Neues, daß verurteilt im Reich, besonders in einigen Orten Westfalens, verschiedene Ansichten vertreten werden, die sich mit dem Programm der Partei und ihrer praktischen Politik nur schwer vereinbaren lassen. Diese Ansichten beweisen nichts für die Haltung der Gesamtpartei.“

Der letzte Satz ist eine recht deutliche Erklärung an die rebellierenden Mitglieder, und sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Leitung der Sozialdemokratischen Partei niemals daran denkt und denken kann, proletarischen Prinzipien in ihrer Politik und Taktik Rechnung zu tragen. Und daß sie den linken Führern das Mandatierens nur aus Gründen der Verwirrung der Mitgliedschaft gestattet beweist der weitere Satz, daß die Sozialdemokratie ihren Mitgliedern eine „weitgehende Meinungsfreiheit“ gewährt, „weil sie klüger handelt als der unduldsame Kommunismus“. Die Meinungsfreiheit, von der der Sozialdemokratische Pressebüro im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes spricht, steht also so aus, daß man die Mitglieder wohl Resolutionen fassen läßt, wohl jedem Provinzialblatt die Möglichkeit gibt, heuchlerische Erklärungen gegenüber den Mitgliedern zu fabrizieren und demagogische Kritik ohne praktische Schlussfolgerungen zu üben, daß aber die Politik der Gesamtpartei von diesen Auswirkungen der Meinungsfreiheit noch wie vor unberührt bleibt, denn der Verrat der Arbeiterinteressen und die Bindung an die Politik der Bourgeoisie des eigenen Landes ist und bleibt Inhalt und Basis der Gesamtpolitik der Sozialdemokratischen Partei.

Auch der Berliner Parteitag der SPD spiegelt die Differenzen in der Frage des Wehrprogramms deutlich wider. Dort hatte „unser“ Toni Sender die Irreführung der Arbeiterbelegierten übernommen, während Crispian als Verteidiger des

Programmentwurfs auftrat. Feilschend für die Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter war nicht nur die gelante Diskussion sondern die Annahme eines Antrages, in dem die Ablehnung der 2. Rate zum Bau des Panzerkreuzers A von den SPD-Ministern und der Reichsstaatsfraktion gefordert wird. Auch hier war bezeichnend, daß der Antrag einstimmig Annahme fand, obgleich auf diesem Parteitag Mitglieder des Parteivorstandes anwesend waren, die genau wissen, daß die zweite Rate tatsächlich durch die Eintragsabstimmung schon bewilligt worden ist. Die „rote Rabe“ ist in der Lage, in ihrer heutigen Morgennummer festzustellen, daß der „Vorwärts“ den entscheidenden Teil der Beratungen des Reichsparteitages in völlig gefälliger und irreführender Weise widerberichtet. Obwohl auf dem Parteitag selbst ein Antrag des Kreises Tempelhof vorlag, in dem festgesetzt wird, daß die sozialdemokratischen Berliner Parteimitglieder gezwungen sind, aus der parteipolitischen, das heißt der kommunistischen Presse Informationen über die Vorgänge in der SPD zu entnehmen. Wie weit die Beziehung auf diesem Reichsparteitag zum Ausdruck kam, zeigt die Erklärung des Berliner Parteivorstandes Künstler, der wörtlich ausjhrte:

Schiedspruch im Leipziger Straßenbahnerstreik

Leipzig, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Gewerkschaftsbureaukratie verhandelte am Montag vor dem Schlichtungsausschuss, der folgenden Schiedsschiedspruch fällte:

Das technische Personal der Leipziger Straßenbahn erhält ab 6. Februar 3 M., ab 1. Oktober weitere 2 M. Stundenloohnerhöhung. Die Laufdauer des Abkommens geht bis 31. März 1930. Die Arbeiter hatten ursprünglich 20 M. gefordert. Die Gewerkschaftsbureaukratie hatte die Forderung auf 13 M. herabgemindert.

Dieser Schiedspruch bedeutet einen Schlag ins Gesicht der Leipziger Straßenbahner. Sie müssen ihn ablehnen und den Kampf bis zur Bewilligung ihrer aufgestellten Mindestforderungen fortsetzen.

Wissel will den sächsisch-thüringischen Textilarbeiterkampf abwürgen

Berlin, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung)

Der Reichsarbeitsminister hat den Schlichter für Mitteldeutschland, Ministerialrat Dr. Hauschild in Erfurt, beauftragt, in dem Rechtsstreit im Bereich der sächsisch-thüringischen Weberteile Führung mit den Parteien zu nehmen.

Ich werde später bei der Statberatung aufzeigen, daß der ganze Rüstungsanlauf, den unsere Minister zu bekämpfen versprochen, genau so weitergeht wie vorher.
Obwohl die Radikalisierung der sozialdemokratischen Mitglieder in heftiger Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes und der Ministerkollaboration zum Ausdruck kam, gelang es andererseits den schreibenden Phrasendreschern des Parteivorstandes, die Empörung der Arbeiter über den imperialistisch-militaristischen Kurs der SPD durch ein geradezu ungläubliches Manöver abzuwachen. Man setzte nämlich die Annahme eines Antrages des Berliner Vorstandes durch, der sich nun nicht etwa gegen das Wehrprogramm des SPD-Parteivorstandes wendet, sondern lediglich vom Magdeburger SPD-Reichsparteitag die Vertagung der Behandlung des Wehrprogramms fordert. Diese Methoden der sozialdemokratischen Meinungsfreiheit entlarven sich immer mehr als verkehrter Methode des Betrugs an den sozialdemokratischen Arbeitern. Zweifellos zeigen die Differenzen und die steigende Opposition im ganzen Reich, daß ein großer Teil sozialdemokratischer Arbeitermitglieder den Charakter der Politik ihrer Partei richtig zu erkennen beginnt. Es ist unsere Aufgabe, durch klare Politik und der Situation entsprechende Taktik diesen Arbeitern die Erkenntnis zu vermitteln, daß die Interessen der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung sich nicht in der SPD, sondern nur unter der Führung der kommunistischen Partei und in konsequentem Kampf gegen die Bourgeoisie und den gesamten sozialdemokratischen Parteiapparat hinter und rechter Couleur wirksam verteidigen lassen.

Durch die geschlossene Front der Textilarbeiter wird die Lage der Textilgewaltigen immer schwieriger. Wissel als Reichsarbeitsminister, als Kalaf der Bourgeoisie, versucht ihnen zu Hilfe zu kommen. Die Textilarbeiter müssen jedes Eingreifen des Schlichters ablehnen.

Kottbusser Textilarbeiter verlassen den Betrieb

Kottbus, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Belegschaft einer der größten Textilfabriken von Kottbus, Firma Samson (800 Mann), hat nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. Die Firma wollte drei Schichten einführen, um noch vor der Auspernung ihre Aufträge herauszubringen. Die Belegschaft lehnte das mit Entrüstung ab und verließ den Betrieb nicht wie sonst nach 8, sondern nach 5 Stunden.

Polizei beschlagnahmt IGH-Sammellisten

Greiz, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Behr der sozialdemokratischen „Küßlingerer Zeitschrift“ gegen die Sammellisten der IGH trägt bereits ihre Früchte. Auf Denunziation eines SPD-Mitgliedes hin wurde am Sonnabend ein hameinander Jugendgenosse von der Polizei verhaftet und die Sammelliste beschlagnahmt.

Die erste Verteilung von Lebensmitteln durch die IGH findet hier voraussichtlich am kommenden Freitag statt. Der Textilkampf geht ungeschwächt weiter.

Die Tragödie der ledigen Mütter

Anlagerede der Genossin Oberlach im Reichstag / Die Kommunisten fordern Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen und Schutz der Mutter

In der Montag-Sitzung des Reichstages wird als erster Tagesordnungspunkt die Beratung der Handwerkerkammer fortgesetzt. Nach den Ausführungen einiger bürgerlicher Redner, die besonders Kürzung der Sozialausgaben forderten, sprach

Genossin Oberlach:

Die Bestimmungen über die Neubildung von Innungen sind irreführend. Die Neubildungen z. B. in Solingen sind keine Innungen für das Handwerk, sondern für die Industriebetriebe, und sind nur deshalb, um Innungstrantenstellen zu errichten. Wir lehnen deshalb den Antrag der Wirtschaftspartei, neue Innungstrantenstellen zuzulassen, wenn die Orts- oder Landesinstitutionsstellen nicht gefordert sind, ab und beantragen, daß neue Innungstrantenstellen nicht mehr errichtet werden dürfen.

In der Abstimmung wird das Handwerkergeleit gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der Reichstag genehmigt darauf die Strafverfolgung des Nationalsozialistischen Straltes.

Es folgt die Beratung des Entwurfs über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt.

Die Abgeordnete Juchacz (SPD) äußerte einige Bedenken gegen die Bestimmungen des Entwurfs. Man müsse zum mindesten die Kontrolle des Jugendamtes einschalten. Der Entwurf ist eine Halbheit, da er der der wirklichen Gleichstellung der unehelichen mit dem ehelichen Kinder doch juristisch. Im

wesentlichen stimmen wir aber dem Entwurf zu und werden nach einige Vorklären im Ausschuss vornehmen.

Frau Reuhaus (Zentz) begrüßt den Entwurf. Man dürfe das uneheliche Kind nicht mit dem ehelichen gleichstellen, das würde eine Entwürdigung des Familienlebens bedeuten.

Reichsjustizminister Dr. Koch erklärt, daß der Entwurf natürlich nur eine Halbheit sein könne, weil er ja auf die Weiterentwicklung verschiedener Parteien Rücksicht nehmen müsse. (Kommunistischer Zuruf: „Wolters des Zentrums“) Ich freue mich aber, daß sowohl Frau Juchacz wie Frau Teich im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden sind.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion sprach

Genossin Oberlach:

Viele Jahre lang haben die proletarischen Mütter, die als Mütter unehelicher Kinder in der deutschen Republik geächtet sind und die grundgesetzliche Gleichstellung ihrer Kinder vergeblich gekämpft. Die von der Sozialdemokratie gepriesenen Versprechungen der Weimarer Verfassung auf Schaffung der gleichen Bedingungen für die unehelichen Kinder blieben bis ins erste Jahr der deutschen Republik unerfüllt. Die Bourgeoisie und ihre Vertreter in den Parlamenten wachen darüber, daß nicht ein Streben in dem künftigen Gesetz gefügt werde, daß nicht ein Rechts gelodert werde, das die Gleichstellung darstellt zur ungehörten Ausbeutung des Proletariats, zum Schutze des Privat Eigentums.

Auch das bürgerliche Familienrecht dient diesem Schutze, denn der Verzichtung der Verteilung des Vermögens, darum